

1 **Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:**

2 **Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:**

3 ***Zukunftspakt für den Multilateralismus - Die Erneuerung der VN als Chance***
4 ***und Verpflichtung Deutschlands***

5 Das internationale System befindet sich in einem Umbruch, der aktiv gestaltet werden muss. Nur ein
6 starkes multilaterales System mit den Vereinten Nationen im Zentrum kann ein friedliches, stabiles
7 und nachhaltiges Miteinander der Staaten ermöglichen. Starke Vereinte Nationen liegen deshalb im
8 ureigensten Interesse Deutschlands. Als internationalistische Partei kann die SPD noch mehr tun, um
9 die Vereinten Nationen zu stärken.

10

11 Wir fordern deshalb die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung sowie die SPD-
12 Bundestagsfraktion dazu auf, sich für folgende Punkte einzusetzen:

- 13 1. Die Rolle Deutschlands als Ko-Fazilitatorin für den Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen
14 (UN) sollte genutzt werden, um sich für eine gerechte und funktionierende internationale
15 Ordnung einzusetzen. Das essentielle Interesse Deutschlands an einem effektiven und
16 inklusiven UN-System sollte Richtschnur der deutschen Außenpolitik sein.
- 17 2. Die Bundesregierung sollte jegliche bilaterale und multilaterale Formate nutzen, um sich für
18 ein ambitioniertes Ergebnis des Zukunftsgipfels und dessen Umsetzung einzusetzen. Dazu
19 gehören eine bessere Repräsentation der Ländern des Globalen Südens, institutionelle
20 Reformen, konkrete Mechanismen für die wirkungsvolle Einbeziehung von Zivilgesellschaft,
21 eine stärkere Rolle der UN in globalen ökonomischen Fragen sowie die Umsetzung der *New*
22 *Agenda for Peace*.
- 23 3. Im Bundestag sollten Vorschläge ausgearbeitet und diskutiert werden, warum und wie
24 Deutschland die Vereinten Nationen stärken möchte.
- 25 4. Für eine ausreichende Finanzierung des UN-Systems sollte Deutschland eine Vorreiterrolle
26 einnehmen. Aktuelle Finanzierungstrends untergraben den inklusiven und wirksamen
27 Multilateralismus, die Zunahme eng zweckgebundener Finanzierungen hat zu einer
28 Bilateralisierung im UN-System beigetragen. Die Bundesregierung sollte vorangehen, indem
29 deutlich mehr freiwillige Beiträge, mindestens auf dem Niveau der deutschen Beiträge des
30 Jahres 2023, geleistet werden, welche mindestens zur Hälfte ohne Zweckbindung sein
31 sollten. Freiwillige Beiträge sollten langfristig angekündigt werden, um Planungssicherheit zu
32 schaffen. Bestrebungen nach Reformen der UN-Finanzierung sollten aktiv unterstützt
33 werden.
- 34 5. Für die Nachfolge von UN-Generalsekretär António Guterres sollte Deutschland sich dafür
35 einsetzen, dass erstmals in der UN-Geschichte eine Frau zur UN-Generalsekretärin gewählt
36 wird. Damit einhergehen sollte ein starkes Engagement für eine moderne und
37 geschlechtergerechte UN-Personalpolitik auf allen Ebenen.
- 38 6. Deutschland sollte sich aktiv in die internationale Debatte über notwendige
39 Transformationen im Sinne der Agenda 2030 der UN einbringen. Ziel soll ein positives
40 Narrativ des globalen Wandels angesichts der massiven Herausforderungen, u.a. durch die
41 Klimakrise, sein.

42

43 **Begründung:**

44

45 Der UN Zukunftsgipfel ist von herausragender Bedeutung für die Gestaltung des multilateralen
46 Systems. Für Deutschland gibt es weitere gute Gründe dem Zukunftsgipfel große Aufmerksamkeit zu
47 widmen: Deutschland leitet gemeinsam mit Namibia den Prozess für den Zukunftsgipfel der UN und
48 wird 2025 die Präsidentschaft der Generalversammlung übernehmen und damit auch den möglichen
49 Umsetzungsprozess der Ergebnisse des Gipfels eng begleiten. Der Gipfel im September 2024 bietet
50 die Chance, vor einer möglichen zweiten Trump-Administration ein Zeichen für den Multilateralismus
51 zu setzen. Zudem hat Deutschland im Zuge des Gaza-Krieges viel internationales Vertrauen verloren,
52 insbesondere in Ländern des Globalen Südens, das es wiederherzustellen gilt.

53 In der deutschen Öffentlichkeit ist der Zukunftsgipfel noch kaum bekannt. Der politische Diskurs
54 bildet die Bedeutung des internationalen Systems für ein friedliches Zusammenleben und die
55 Bewältigung der drängendsten globalen Herausforderungen unzureichend ab, insbesondere
56 angesichts der Bedrohungen für die regelbasierte internationale Ordnung.